Refugee Radio

www.cosmoradio.de

04.10.2018

Regierungsberatungen mit Israel

Mit einem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Jad Vashem hat Bundeskanzlerin Merkel am Morgen den offiziellen Teil ihres Besuches in Israel begonnen. Am Vormittag verleiht die Universität Haifa der Kanzlerin die Ehrendoktorwürde. Regierungsvertreter beider Länder kommen anschließend zu einer gemeinsam Sitzung zusammen. Die Beratungen leiten Merkel und der israelische Ministerpräsident Netanjahu gemeinsam. Die deutsche Seite will unter anderem dafür werben, am Atomabkommen mit dem Iran festzuhalten. Israel lehnt die Vereinbarung ab. Außerdem soll es um den umstrittenen Siedlungsbau im Westjordanland gehen.

Maas bietet humanitäre Hilfe in Syrien an

Bundesaußenminister Maas hat den USA für den Fall einer syrischen Großoffensive gegen die Rebellenhochburg Idlib Unterstützung bei der humanitären Hilfe zugesichert. "Wir bereiten uns darauf vor, umfassend (...) zur Verfügung zu stehen", sagte er nach einem Gespräch mit US-Außenminister Pompeo. Deutschland sei bereit, Verantwortung zu übernehmen. Auf ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr bei einem Chemiewaffeneinsatz durch die Truppen von Präsident Assad machte Maas seinem US-Kollegen keine Hoffnungen. Die USA hatten Deutschland um militärische Unterstützung gebeten.

Lob für Zuwanderungs-Eckpunkte

Die Berliner Handwerkskammer hat die Pläne der Bundesregierung für ein Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz positiv bewertet. Die Grundrichtung stimme, sagte Kammer-Präsident Schwarz im Inforadio. Gut sei, dass jetzt auch Fachkräfte ohne akademischen Abschluss kommen könnten. Schwarz forderte außerdem ein dauerhafts Bleiberecht für Asylbewerber, die in Deutschland ausgebildet worden sind. Es wäre eine Verschwendung von Ressourcen, wenn sie wieder zurückgeschickt würden. Das Kabinett hat vorgestern Eckpunkte für das geplante Zuwanderungsgesetz beschlossen. Sie sehen auch vor, dass geduldete Asylbewerber bleiben dürfen, wenn sie eine Arbeit haben und gut integriert sind.

Flüchtlinge helfen sich gegenseitig

Speziell ausgebildete Flüchtlinge in Berlin haben seit Anfang 2017 rund 2700 Landsleute in psychosozialen Fragen beraten. "Oft hilft es, einfach zu reden. Dadurch nehmen die Betroffenen sich wieder selbst wahr und ihr Leben in die Hand", sagt Inge Missmahl, Gründerin der gemeinnützigen IPSO GmbH. Die Gesellschaft organisiert Hilfe zur Selbsthilfe und bildet Flüchtlinge zu Beratern aus, die ihre Landsleute aufgrund ähnlicher Erfahrungen der gleichen Sprache und Kultur besonders gut verstehen. Experten zufolge haben viele Flüchtlinge seelische Probleme, doch nicht jeder benötigt gleich professionelle Hilfe und einen Therapieplatz.

Hollstein für mehr Diskurs in der Gesellschaft

Einen Tag nach der Einheitsfeier findet heute in Berlin das sogenannte "Bellevue-Forum" statt. Dabei diskutiert Bundespräsident Steinmeier mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über die Zukunft der Demokratie. Unter den Gästen ist auch der Bürgermeister von Altena in Nordrhein-Westfalen, Hollstein. Der Ort war wegen seines besonderen Engagements für Flüchtlinge bekannt geworden. Im Inforadio hat Hollstein gesagt, die Politik habe in den letzten zehn Jahren die Interessen vieler Bürger vernachlässigt. Man müsse in einen Diskurs kommen. Teile der Gesellschaft hätten aber offenbar verlernt, mit anderen zu sprechen - das müsse sich dringend ändern.

Rätselraten um verschwundenen saudiarabischen Dissidenten Khashoggi hält an

Das Rätselraten um den verschwundenen saudiarabischen Regierungskritiker und Journalisten Jamal Khashoggi hält an. Die saudiarabischen Behörden erklärten am Donnerstag, Khashoggi habe das Konsulat des Landes in Istanbul verlassen, bevor er verschwunden sei. Ein Sprecher der türkischen Präsidentschaft sagte dagegen, der Journalist befinde sich offenbar immer noch in dem Gebäude. Der 59-jährige Khashoggi, der unter anderem Meinungsbeiträge für die angesehene US-Zeitung "Washington Post" schreibt, war am Dienstag in das saudiarabische Konsulat in Istanbul gegangen. Der bekannte Kritiker von Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman benötigte Papiere, um seine türkische Verlobte heiraten zu können. Seitdem fehlt von ihm jede Spur.